

SOWJETISCHE AUSSENPOLITIK: EINE REVISIONISTISCHE PERSPEKTIVE

1. April, 1978

Geschichte ist eine empirische Disziplin: „Kurz gesagt, Libertäre und andere müssen sich vor einer a priori Geschichte hüten.“

Als Murray Rothbards For a New Liberty 1973 zum ersten Mal veröffentlicht wurde, wurde es sofort als eine der besten Abhandlungen der libertären Ideologie in Buchform für ein allgemeines Publikum gefeiert. Jetzt, fünf Jahre später, hat Rothbard das Werk vollständig überarbeitet und eine Fülle neuer Materialien und Informationen hinzugefügt, um es zu erweitern und zu aktualisieren. Diese zweite Auflage, die ganz neue Kapitel enthält, wird dieses Jahr in einer hochwertigen Taschenbuchausgabe von MacMillan & Co. veröffentlicht. Dieser hier zum ersten Mal veröffentlichte Auszug ist ein kleiner Teil der Ergänzungen zum Kapitel Außenpolitik. LR bedankt sich bei Dr. Rothbard für die Erlaubnis, die Auswahl in dieser Ausgabe der Libertarian Review zu veröffentlichen. Copyright © 1978 von Murray N. Rothbard.

Seit dem Zweiten Weltkrieg stützt sich die amerikanische Militär- und Außenpolitik zumindest rhetorisch auf die Annahme einer drohenden Gefahr eines russischen Angriffs - eine Annahme, mit der es gelungen ist, die öffentliche Zustimmung zu globalen amerikanischen Interventionen und zu Milliardenbeträgen an Militärausgaben zu gewinnen. Aber wie realistisch, wie fundiert ist diese Annahme?

Erstens besteht kein Zweifel daran, dass die Sowjets, wie auch alle anderen Marxisten-Leninisten, alle bestehenden Gesellschaftssysteme durch kommunistische Regime ersetzen möchten. Aber ein solches Gefühl impliziert natürlich kaum eine realistische Bedrohung durch einen Angriff - so wie ein kranker Wunsch im Privatleben kaum eine realistische Erwartung eines bevorstehenden Angriffs begründen kann. Im Gegenteil, der Marxismus-Leninismus selbst ist der Ansicht, dass der Sieg des Kommunismus unvermeidlich ist - und zwar nicht durch eine äußere Kraft, sondern durch die zunehmenden Spannungen und "Widersprüche" innerhalb jeder Gesellschaft. Der Marxismus-Leninismus hält also eine innere Revolution (oder, in der aktuellen "eurokommunistischen" Version, einen demokratischen Wandel) zur Errichtung des Kommunismus für unvermeidlich. Gleichzeitig hält sie jede zwangsweise Auferlegung des Kommunismus von außen im besten Fall für verdächtig und im schlimmsten Fall für störend und kontraproduktiv für einen echten organischen sozialen Wandel. Die Vorstellung, den Kommunismus auf dem Rücken des sowjetischen Militärs in andere Länder zu "exportieren", steht im völligen Widerspruch zur marxistisch-leninistischen Theorie.

Wir sagen natürlich nicht, dass die sowjetischen Führer niemals etwas tun werden, was der marxistisch-leninistischen Theorie widerspricht. Aber in dem Maße, in dem sie als gewöhnliche Herrscher eines starken russischen Nationalstaates agieren, wird das Argument für eine unmittelbare sowjetische Bedrohung der USA ernsthaft geschwächt. Denn die einzige angebliche Grundlage einer solchen Bedrohung, wie sie von unseren Kalten Kriegern heraufbeschworen wird, ist die angebliche Hingabe der Sowjetunion an die marxistisch-leninistische Theorie und an ihr Endziel des weltkommunistischen Sieges. Würden die sowjetischen Machthaber einfach als russische Diktatoren handeln, die nur ihre eigenen nationalstaatlichen Interessen im Auge haben, dann würde die gesamte Grundlage für die

Behandlung der Sowjets als eine einzigartig diabolische Quelle eines drohenden militärischen Angriffs in sich zusammenfallen.

Als die Bolschewiki 1917 in Russland die Macht übernahmen, hatten sie sich wenig Gedanken über eine künftige sowjetische Außenpolitik gemacht, denn sie waren überzeugt, dass die kommunistische Revolution in den fortgeschrittenen Industrieländern Westeuropas bald folgen würde. Als solche Hoffnungen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zunichte gemacht wurden, nahmen Lenin und seine bolschewistischen Mitstreiter die Theorie der "friedlichen Koexistenz" als grundlegende Außenpolitik für einen kommunistischen Staat an. Die Idee war folgende: Als erste erfolgreiche kommunistische Bewegung sollte Sowjetrußland als Leuchtturm und Unterstützer für andere kommunistische Parteien in der ganzen Welt dienen. Der sowjetische Staat als Staat würde sich jedoch den friedlichen Beziehungen zu allen anderen Ländern widmen und nicht versuchen, den Kommunismus durch zwischenstaatliche Kriege zu exportieren. Dabei ging es nicht nur darum, der marxistisch-leninistischen Theorie zu folgen, sondern dem ganz praktischen Kurs, das Überleben des bestehenden kommunistischen Staates zum obersten Ziel der Außenpolitik zu machen, d.h. den Sowjetstaat niemals durch zwischenstaatliche Kriege zu gefährden. Von anderen Ländern wird erwartet, dass sie durch ihre eigenen internen Prozesse zu Gemeinschaften werden.

So gelangten die Sowjets zufällig und aus einer Mischung von theoretischen und praktischen Gründen schon früh zu dem, was Libertäre für die einzig richtige und prinzipienfeste Außenpolitik halten. Im Laufe der Zeit wurde diese Politik zudem durch einen "Konservatismus" verstärkt, der alle Bewegungen befällt, nachdem sie eine Zeit lang die Macht erlangt und behalten haben, und in dem die Interessen des Machterhalts über den eigenen Nationalstaat mehr und mehr Vorrang vor dem ursprünglichen Ideal der Weltrevolution haben. Dieser zunehmende Konservatismus unter Stalin und seinen Nachfolgern stärkte und festigte die nicht aggressive Politik der "friedlichen Koexistenz".

Die Bolschewiki begannen ihre Erfolgsgeschichte in der Tat damit, dass sie buchstäblich die einzige politische Partei in Russland waren, die von Beginn des Ersten Weltkriegs an für einen sofortigen Rückzug Russlands aus dem Krieg plädierte. Sie gingen sogar noch weiter und machten sich äußerst unbeliebt, indem sie zur Niederlage "ihrer" Regierung aufriefen ("revolutionärer Defätismus"). Als Russland anfang, enorme Verluste zu erleiden, die mit massiven Desertierungen von der Front einhergingen, waren die Bolschewiki unter der Führung von Lenin weiterhin die einzige Partei, die ein sofortiges Ende des Krieges forderte - die anderen Parteien schworen weiterhin, die Deutschen bis zum Ende zu bekämpfen. Als die Bolschewiki an die Macht kamen, bestand Lenin gegen den hysterischen Widerstand sogar der Mehrheit des bolschewistischen Zentralkomitees selbst auf dem Abschluss des "Beschwichtigungsfriedens" von Brest-Litowsk im März 1918. Hier gelang es Lenin, Russland aus dem Krieg herauszuholen, selbst um den Preis, dass er der siegreichen deutschen Armee alle Teile des Russischen Reiches zugestand, die sie dann besetzte (einschließlich Weißrussland und der Ukraine). So waren Lenin und die Bolschewiki zu Beginn ihrer Herrschaft nicht nur eine Friedenspartei, sondern praktisch eine "Frieden-um-jeden-Preis"-Partei.

Lenin und die Bolschewiki begannen ihre Herrschaft, indem sie nicht nur eine Friedenspartei, sondern praktisch eine "Frieden-um-jeden-Preis"-Partei waren.

Nach dem Ersten Weltkrieg und der Niederlage Deutschlands griff der neue polnische Staat Russland an und es gelang ihm, einen großen Teil Weißrusslands und der Ukraine an sich zu reißen. Die Unruhen und der Bürgerkrieg innerhalb Russlands am Ende des Weltkriegs wurden von verschiedenen anderen nationalen Gruppen - Finnland, Estland, Lettland und Litauen - genutzt, um sich vom Russischen Reich vor dem Ersten Weltkrieg zu lösen und ihre nationale Unabhängigkeit zu erklären. Während der Leninismus Lippenbekenntnisse zur nationalen Selbstbestimmung abgibt, war den sowjetischen Machthabern von Anfang an klar, dass die Grenzen des alten russischen Staates unangetastet bleiben sollten. Die Rote Armee eroberte die Ukraine zurück, nicht nur von den Weißen, sondern auch von den ukrainischen Nationalisten und der einheimischen ukrainischen anarchistischen Armee von Nestor Makhno. Im Übrigen war klar, dass Russland, wie auch Deutschland in den 1920er und 1930er Jahren, ein "revisionistisches" Land in Bezug auf die Nachkriegsregelung von Versailles war, d. h., das Ziel der russischen wie auch der deutschen Außenpolitik bestand darin, die Grenzen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wiederherzustellen - das, was beide als die "wahren" Grenzen ihrer jeweiligen Staaten betrachteten. Es sei darauf hingewiesen, dass alle politischen Parteien oder Tendenzen in Russland und Deutschland, ob sie nun den Staat regierten oder in der Opposition waren, diesem Ziel der vollständigen Wiederherstellung des nationalen Territoriums zustimmten.

Es muss jedoch betont werden, dass Deutschland unter Hitler energische Maßnahmen ergriff, um die verlorenen Gebiete zurückzuerobern, während die vorsichtigen und konservativen sowjetischen Machthaber absolut nichts unternahmen. Erst nach dem Stalin-Hitler-Pakt und der Eroberung Polens durch die Deutschen eroberten die Sowjets ihre verlorenen Gebiete zurück, da sie nun keine Gefahr mehr sahen. Konkret nahmen die Russen Estland, Lettland und Litauen sowie die altrussischen Gebiete Weißrusslands und der Ukraine, die früher zu Ostpolen gehörten, in ihren Besitz. Und sie konnten dies kampflos tun. Das alte Russland aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war nun mit Ausnahme Finnlands wiederhergestellt worden. Aber Finnland war bereit zu kämpfen. Hier forderten die Russen nicht die Wiedereingliederung Finnlands als Ganzes, sondern nur der ethnisch russischen Teile der Karelischen Landenge. Als die Finnen diese Forderung ablehnten, kam es zum "Winterkrieg" (1939-40) zwischen Russland und Finnland, den die Finnen siegreich und ohne Zugeständnisse beendeten.

Am 22. Juni 1941 startete Deutschland, das im Westen über alle außer England triumphierte, einen plötzlichen, massiven und unprovzierten Angriff auf Sowjetrußland, ein Akt der Aggression, der von den anderen pro-deutschen Staaten in Osteuropa - Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Slowakei und Finnland - unterstützt wurde. Dieser Einmarsch der Deutschen und ihrer Verbündeten in Russland wurde bald zu einem der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte Europas seit diesem Zeitpunkt. Stalin war so unvorbereitet auf den Angriff, so sehr vertraute er auf die Vernunft des deutsch-russischen Friedensabkommens in Osteuropa, dass er die russische Armee verfallen ließ. Stalin war in der Tat so unkriegerisch, dass Deutschland trotz enormer Schwierigkeiten fast in der Lage war, Russland zu erobern. Da Deutschland andernfalls in der Lage gewesen wäre, die Kontrolle über Europa auf unbestimmte Zeit aufrechtzuerhalten, war es Hitler, der sich vom Sirenenengesang der antikommunistischen Ideologie dazu verleiten ließ, einen rationalen und umsichtigen Kurs aufzugeben und das zu tun, was der Anfang seiner endgültigen Niederlage sein sollte.

DER ZWEITE WELTKRIEG UND DIE SOWJETS

Die Mythologie der Kalten Krieger räumt häufig ein, dass die Sowjets vor dem Zweiten Weltkrieg international nicht aggressiv waren - sie sind sogar gezwungen, dies zu behaupten, da die meisten Kalten Krieger das Bündnis der Vereinigten Staaten mit Russland gegen Deutschland im Zweiten Weltkrieg von Herzen gutheißten. Während und unmittelbar nach dem Krieg sei Russland expansionistisch geworden und nach Osteuropa vorgedrungen.

Was bei diesem Vorwurf übersehen wird, ist die zentrale Tatsache des deutschen und assoziierten Angriffs auf Russland im Juni 1941. Es besteht kein Zweifel daran, dass Deutschland und seine Verbündeten diesen Krieg begonnen haben. Um die Invasoren zu besiegen, war es für die Russen daher offensichtlich notwendig, die Invasionsarmeen zurückzudrängen und Deutschland und die anderen kriegführenden Länder Osteuropas zu erobern. Die Eroberung und Besetzung Italiens und eines Teils Deutschlands durch die Vereinigten Staaten lässt sich leichter als Expansionismus begründen als die Eroberung Russlands - schließlich wurden die Vereinigten Staaten nie direkt von den Deutschen angegriffen.

Während des Zweiten Weltkriegs hatten sich die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Russland - die drei großen Alliierten - auf eine gemeinsame militärische Besetzung aller eroberten Gebiete durch drei Mächte geeinigt. Die Vereinigten Staaten waren die ersten, die das Abkommen während des Krieges brachen, indem sie Russland keinerlei Rolle bei der militärischen Besetzung Italiens zugestanden. Trotz dieses schwerwiegenden Vertragsbruchs zeigte Stalin durch wiederholten Verrat an den einheimischen kommunistischen Bewegungen, dass er den konservativen Interessen des russischen Nationalstaates stets den Vorzug vor dem Bekenntnis zur revolutionären Ideologie gab. Um die friedlichen Beziehungen zwischen Russland und dem Westen aufrechtzuerhalten, versuchte Stalin immer wieder, den Erfolg der verschiedenen kommunistischen Bewegungen zu bremsen. Er hatte Erfolg in Frankreich und Italien, wo kommunistische Partisanengruppen nach dem Rückzug der deutschen Streitkräfte leicht die Macht hätten ergreifen können, aber Stalin befahl ihnen, dies nicht zu tun, und überredete sie stattdessen, sich Koalitionsregimen anzuschließen, die von antikommunistischen Parteien geführt wurden. In beiden Ländern wurden die Kommunisten bald aus der Koalition verdrängt. In Griechenland, wo die kommunistischen Partisanen beinahe die Macht ergriffen hätten, schwächte Stalin sie unwiederbringlich, indem er sie im Stich ließ und sie aufforderte, die Macht an die neu einmarschierenden britischen Truppen zu übergeben.

In anderen Ländern, insbesondere dort, wo die kommunistischen Partisanengruppen stark waren, lehnten die Kommunisten Stalins Forderungen strikt ab. In Jugoslawien lehnte der siegreiche Tito die Forderung Stalins ab, sich in einer Regierungskoalition dem Antikommunisten Michailowitsch unterzuordnen; und Mao lehnte eine ähnliche Forderung Stalins ab, sich Chiang Kai-Shek unterzuordnen. Es besteht kein Zweifel, dass diese Ablehnung der Beginn der späteren, außerordentlich wichtigen Spaltungen innerhalb der kommunistischen Weltbewegung war.

Russland regierte also als militärischer Besatzer in Osteuropa, nachdem es einen gegen sich geführten Krieg gewonnen hatte. Das ursprüngliche Ziel Russlands war nicht die Kommunistisierung Osteuropas auf dem Rücken der Sowjetarmee. Das Ziel war es, die Gewissheit zu erlangen, dass Osteuropa nicht die breite Straße für einen Angriff auf Russland sein würde, wie es dreimal in einem halben Jahrhundert der Fall gewesen war - das letzte Mal in einem Krieg, in dem über zwanzig Millionen Russen abgeschlachtet worden waren. Kurz

gesagt, Russland wollte Länder an seiner Grenze, die nicht im militärischen Sinne antikommunistisch waren und die nicht als Sprungbrett für eine weitere Invasion genutzt werden konnten. Die politischen Verhältnisse in Osteuropa waren so, dass es nur im modernisierten Finnland nichtkommunistische Politiker gab, denen Russland eine friedliche außenpolitische Linie zutrauen konnte. Und in Finnland war diese Situation das Werk eines weitsichtigen Staatsmannes, des Agrarführers Julio Paasikivi. Nur weil Finnland damals wie heute fest an der "Paasikivi-Linie" festhielt, war Russland bereit, seine Truppen aus Finnland abzuziehen und nicht auf der Vergemeinschaftung des Landes zu bestehen - obwohl es in den sechs Jahren zuvor zwei Kriege mit Finnland geführt hatte.

Auch in den anderen osteuropäischen Ländern hielt Russland nach dem Krieg mehrere Jahre lang an Koalitionsregierungen fest und vergemeinschaftete sie erst 1948 vollständig - nach drei Jahren unerbittlichen amerikanischen Drucks im Kalten Krieg, um Russland aus diesen Ländern zu verdrängen. In anderen Gebieten zog Russland seine Truppen bereitwillig aus Österreich und aus Aserbaidshan heraus.

Den Kalten Krieger fällt es schwer, das russische Vorgehen in Finnland zu erklären. Wenn Russland immer darauf aus ist, die kommunistische Herrschaft durchzusetzen, wo immer es kann, warum dann die "weiche Linie" gegenüber Finnland? Die einzige plausible Erklärung dafür ist, dass die Motivation die Sicherheit des russischen Nationalstaates vor Angriffen ist und der Erfolg des Weltkommunismus in der Prioritätenskala eine sehr geringe Rolle spielt.

SCHISMEN UND WELTKOMMUNISMUS

In der Tat waren die Kalten Krieger nie in der Lage, die Tatsache tiefer Spaltungen in der kommunistischen Weltbewegung zu erklären oder zu verarbeiten. Denn wenn alle Kommunisten von einer gemeinsamen Ideologie geleitet werden, dann sollten alle Kommunisten überall Teil eines einheitlichen Monolithen sein, der sie angesichts des frühen Erfolgs der Bolschewiki zu Untergebenen oder "Agenten" Moskaus machen würde. Wenn die Kommunisten hauptsächlich durch ihre Verbundenheit mit dem Marxismus-Leninismus motiviert sind, warum gibt es dann die tiefe Spaltung zwischen China und Russland, in der Russland zum Beispiel eine Million Soldaten an der chinesisch-russischen Grenze bereithält? Warum gibt es eine solche Feindschaft zwischen dem jugoslawischen kommunistischen und dem albanischen kommunistischen Staat? Wie kann es zu einem tatsächlichen militärischen Konflikt zwischen den kambodschanischen und vietnamesischen Kommunisten kommen? Die Antwort ist natürlich, dass eine revolutionäre Bewegung, sobald sie die Staatsmacht ergreift, sehr schnell die Eigenschaften einer herrschenden Klasse annimmt, die ein Klasseninteresse am Erhalt der Staatsmacht hat. Die Weltrevolution verblasst in ihren Augen zu einer unbedeutenden Angelegenheit. Und da staatliche Eliten gegensätzliche Interessen an Macht und Reichtum haben können und auch haben, ist es nicht überraschend, dass interkommunistische Konflikte endemisch geworden sind.

Seit ihrem Sieg über die deutsche militärische Aggression im Zweiten Weltkrieg sind die Sowjets in ihrer Militärpolitik konservativ geblieben. Sie haben ihre Truppen nur zur Verteidigung ihres Territoriums im kommunistischen Block eingesetzt und nicht zur Ausweitung desselben. Als Ungarn 1956 oder die Tschechoslowakei 1968 drohten, aus dem Sowjetblock auszutreten, griffen die Sowjets mit Truppen ein - zwar auf verwerfliche Weise, aber doch eher konservativ und defensiv als expansionistisch. (Die Sowjets zogen offenbar eine Invasion Jugoslawiens in Erwägung, als Tito dieses Land aus dem Sowjetblock herauslöste, wurden aber durch die hervorragenden Guerillaqualitäten der jugoslawischen

Armee davon abgehalten.) In keinem Fall hat Russland Truppen eingesetzt, um seinen Block zu erweitern oder weitere Gebiete zu erobern.

Es besteht kein Zusammenhang zwischen dem Grad der inneren Freiheit eines Landes und seiner Aggressivität nach außen.

Professor Stephen F. Cohen, Direktor des Programms für Russischstudien in Princeton, hat in einer kürzlich erschienenen Ausgabe von Inquiry das Wesen des sowjetischen Konservatismus in der Außenpolitik beschrieben:

Es mag absurd erscheinen, dass ein System, das in der Revolution geboren wurde und sich immer noch zu revolutionären Ideen bekennt, zu einem der konservativsten der Welt geworden ist. Aber all die Faktoren, die in der sowjetischen Politik angeblich am wichtigsten sind, haben zu diesem Konservatismus beigetragen: die bürokratische Tradition der russischen Regierung vor der Revolution; die anschließende Bürokratisierung des sowjetischen Lebens, die konservative Normen verbreitete und eine fest verwurzelte Klasse eifriger Verteidiger bürokratischer Privilegien schuf; die geriatrische Natur der heutigen Elite; und sogar die offizielle Ideologie, die sich vor vielen Jahren von der Schaffung einer neuen sozialen Ordnung zur Verherrlichung der bestehenden wandelte ...

Mit anderen Worten: Der sowjetische Konservatismus ist heute hauptsächlich bestrebt, das zu bewahren, was er bereits im In- und Ausland hat, und nicht, es zu gefährden. Eine konservative Regierung ist natürlich zu gefährlichen militaristischen Aktionen fähig, wie wir in der Tschechoslowakei gesehen haben ... aber das sind Akte des imperialen Protektionismus, eine Art defensiver Militarismus, nicht ein revolutionärer oder aggrandisierender. Es ist sicherlich richtig, dass für die meisten sowjetischen Führer, wie vermutlich auch für die meisten amerikanischen Führer, die Entspannung kein altruistisches Unterfangen ist, sondern der Verfolgung nationaler Interessen dient. In gewissem Sinne ist das traurig. Wahrscheinlich ist es aber auch so, dass gegenseitiges Eigeninteresse eine dauerhaftere Grundlage für Entspannung bietet als hochtrabender und letztlich leerer Altruismus. („Warum Entspannungspolitik funktionieren kann“, 19. Dezember 1977)

Auch eine so tadellose antisowjetische Quelle wie der ehemalige CIA-Direktor William Colby stellt fest, dass das überwältigende Interesse der Sowjets in dem defensiven Ziel besteht, eine weitere katastrophale Invasion ihres Territoriums zu verhindern. Wie Colby vor dem Ausschuss für auswärtige Beziehungen des Senats aussagte:

Sie werden eine Besorgnis, ja sogar eine Paranoia über ihre (der Sowjets) eigene Sicherheit feststellen. Sie werden feststellen, dass sie entschlossen sind, nie wieder überfallen zu werden und die Unruhen zu überstehen, denen sie ausgesetzt waren, und viele verschiedene Invasionen ... Ich denke, dass sie ... sich übermäßig schützen wollen, um sicherzustellen, dass das nicht passiert ...

Sogar die Chinesen haben trotz all ihres Getöses eine konservative und pazifistische Außenpolitik verfolgt. Sie haben es nicht nur versäumt, in Taiwan einzumarschieren, das international als Teil Chinas anerkannt ist, sondern haben sogar zugelassen, dass die kleinen vorgelagerten Inseln Quemoy und Matsu in den Händen von Chiang Kai-Shek bleiben. Gegen die von Großbritannien und Portugal besetzten Exklaven Hongkong und Macao wurden keine Schritte unternommen. Und China ging sogar den ungewöhnlichen Schritt, einen einseitigen Waffenstillstand und den Rückzug seiner Streitkräfte an die Grenze zu erklären, nachdem es in dem eskalierten Grenzkrieg mit Leichtigkeit über die indischen Waffen triumphiert hatte.

(Siehe Neville Maxwell, Indiens Chinakrieg [New York: Pantheon Books, 1970]. Auch die Rückeroberung und Unterdrückung der nationalen Rebellion in Tibet durch China ist kein stichhaltiges Argument gegen unsere These. Chiang kai-Shek wie auch alle anderen Chinesen haben Tibet seit vielen Generationen als Teil Großchinas betrachtet, und Chia handelte hier in der gleichen konservativen, nationalstaatlichen Weise, die auch die Sowjets geleitet hat).

A PRIORI GESCHICHTE VERMEIDEN

Es gibt noch eine These, die den Amerikanern und sogar einigen Libertären geläufig ist und die sie vielleicht daran hindert, die Analyse dieses Kapitels zu verinnerlichen: der von Woodrow Wilson aufgestellte Mythos, dass Demokratien zwangsläufig friedliebend sein müssen, während Diktaturen zwangsläufig kriegerisch sind. Diese These war natürlich sehr praktisch, um Wilsons eigene Schuld an der Verwicklung Amerikas in einen unnötigen und monströsen Krieg zu verschleiern. Aber es gibt einfach keine Beweise für diese Annahme. Viele Diktaturen haben sich nach innen gewandt und beschränken sich vorsichtig auf die Ausbeutung ihres eigenen Volkes. Die Beispiele reichen vom vormodernen Japan über das kommunistische Albanien bis hin zu unzähligen Diktaturen in der heutigen Dritten Welt. Ugandas Idi Amin, der vielleicht brutalste und repressivste Diktator der heutigen Welt, zeigt keinerlei Anzeichen, sein Regime durch eine Invasion in Nachbarländer zu gefährden. Andererseits verbreitete eine so unbestreitbare Demokratie wie Großbritannien seinen Zwangsimperialismus im neunzehnten und früheren Jahrhundert über den ganzen Globus.

Der theoretische Grund, warum die Konzentration auf Demokratie oder Diktatur am Thema vorbeigeht, ist, dass Staaten - alle Staaten - ihre Bevölkerung regieren und entscheiden, ob sie Krieg führen oder nicht. Und alle Staaten, egal ob es sich um eine formale Demokratie, eine Diktatur oder eine andere Form der Herrschaft handelt, werden von einer Führungselite geleitet. Ob diese Eliten in einem bestimmten Fall einen Krieg gegen einen anderen Staat führen oder nicht, hängt von einem komplexen Geflecht von Ursachen ab, zu denen das Temperament der Herrscher, die Stärke ihrer Feinde, die Kriegsreize, die öffentliche Meinung usw. gehören. Der einzige wirkliche Unterschied zwischen einer Demokratie und einer Diktatur besteht darin, dass in einer Demokratie mehr Propaganda auf die Untertanen ausstrahlt werden muss, um ihre Zustimmung zu erlangen, während in einer Diktatur die öffentliche Meinung in beiden Fällen ermittelt werden muss. Intensive Propaganda ist in jedem Fall notwendig, wie wir an dem eifrigen Meinungsverhalten aller modernen kriegführenden Staaten sehen können. Aber der demokratische Staat muss härter und schneller arbeiten. Und auch der demokratische Staat muss heuchlerischer sein, wenn er eine Rhetorik verwendet, die an die Werte der Massen appelliert: Gerechtigkeit, Freiheit, nationales Interesse, Patriotismus, Weltfrieden, usw. In demokratischen Staaten muss die Propagandakunst, die die Elite gegenüber ihren Untertanen einsetzt, also etwas ausgefeilter und raffinierter sein. Aber das gilt, wie wir gesehen haben, für alle Regierungsentscheidungen, nicht nur für Krieg oder Frieden. Denn alle Regierungen - aber insbesondere demokratische Regierungen - müssen hart daran arbeiten, ihre Untertanen davon zu überzeugen, dass all ihre Unterdrückungsmaßnahmen wirklich im besten Interesse ihrer Untertanen sind.

Was wir über Demokratie und Diktatur gesagt haben, gilt auch für die fehlende Korrelation zwischen dem Grad der inneren Freiheit eines Landes und seiner Aggressivität nach außen. Einige Staaten haben bewiesen, dass sie durchaus in der Lage sind, im Innern ein hohes Maß an Freiheit zuzulassen, während sie im Ausland einen aggressiven Krieg führen, während sich

andere als fähig erwiesen haben, im Innern totalitär zu regieren und gleichzeitig eine friedliche Außenpolitik zu verfolgen. Die Beispiele Idi Amins, Albaniens, Chinas, Großbritanniens usw. sind für diesen Vergleich gleichermaßen geeignet.

Kurz gesagt, Libertäre und andere müssen sich vor einer a priori Geschichte hüten: in diesem Fall vor der Annahme, dass in jedem Konflikt der Staat, der demokratischer ist oder mehr innere Freiheit zulässt, notwendigerweise oder sogar voraussichtlich das Opfer einer Aggression durch den diktatorischeren oder totalitären Staat ist. Für eine solche Annahme gibt es einfach keine historischen Beweise. Bei der Entscheidung über relative Rechte und Unrechte, über relative Grade der Aggression in jedem außenpolitischen Streitfall, gibt es keinen Ersatz für eine detaillierte, empirische, historische Untersuchung des Streitfalls selbst. Es sollte keine große Überraschung sein, wenn eine solche Untersuchung zu dem Schluss kommt, dass die demokratischen und relativ viel freieren Vereinigten Staaten in auswärtigen Angelegenheiten aggressiver und imperialistischer waren als ein relativ totalitäres Russland oder China. Umgekehrt bedeutet das Lob eines Staates für weniger Aggressivität in auswärtigen Angelegenheiten keineswegs, dass der Beobachter in irgendeiner Weise mit der internen Bilanz dieses Staates sympathisiert. Es ist von entscheidender Bedeutung - ja, es ist buchstäblich eine Frage von Leben und Tod -, dass die Amerikaner in der Lage sind, die Bilanz ihrer Regierung in auswärtigen Angelegenheiten ebenso kühl und klarsichtig und frei von Mythen zu betrachten, wie sie es zunehmend in der Innenpolitik tun können. Denn Krieg und eine vorgetäuschte "äußere Bedrohung" sind seit langem die wichtigsten Mittel, mit denen der Staat die Loyalität seiner Untertanen zurückgewinnt. Krieg und Militarismus waren die Totengräber des klassischen Liberalismus; wir dürfen nicht zulassen, dass der Staat jemals wieder mit dieser Masche durchkommt.